

28. April 2023

Keine Entrechtung Schutzsuchender an den EU-Außengrenzen

Mit Entsetzen haben wir die Position der Bundesregierung zur europäischen Flüchtlingspolitik und den aktuell diskutierten Reformplänen zur Kenntnis genommen. Dass sich das BMI hier maßgeblich durchgesetzt hat und die rot-grün-gelbe Regierung nun beschleunigten Asylverfahren an der EU-Außengrenze und damit eine einfachere Rückführung abgelehnter Bewerber*innen erlaubt, erschüttert uns nachhaltig. Damit stimmt die Bundesregierung zu, dass es in der EU künftig kein individuelles Recht auf Asyl mehr geben wird.

Schutzsuchende systematisch davon abzuhalten einen Asylantrag bei uns zu stellen und ein ordentliches individuelles Verfahren zu durchlaufen, verstößt gegen Völkerrecht und gegen die Genfer Flüchtlingskonvention. Beschleunigte Verfahren führen dazu, dass es zu Zurückweisungen ohne inhaltliche Prüfungen der Asylanträge kommt und dass die Menschen im Grenzverfahren keinen Rechtsschutz haben. Das grausame Hotspot-Modell, das wir aus Griechenland kennen, wird so gesetzlich festgeschrieben. Das ist keine menschenrechtsorientierte Geflüchtetenpolitik, welche die Bundesregierung hier verfolgt, sondern eine der Abschottung, des Leids und der Entrechtung.

Wir als Bundesarbeitsgemeinschaft Migration und Flucht von Bündnis 90/Die Grünen fordern die Bundesregierung deshalb eindringlich dazu auf zu ihren eigenen Versprechen zurückzukehren und ihre Pläne unverzüglich zu korrigieren.

"Wir wollen bessere Standards für Schutzsuchende in den Asylverfahren und bei der Integration in den EU-Staaten. Wir wollen irreguläre Migration wirksam reduzieren und Ursachen für die lebensgefährliche Flucht bekämpfen. Wir wollen die illegalen Zurückweisungen und das Leid an den Außengrenzen beenden. Der Asylantrag von Menschen, die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss inhaltlich geprüft werden." (Koalitionsvertrag, S. 141)

Svenja Borgschulte, Tareq Alaows, Lena Gumnior, Markus Schopp

*Sprecher*innen der Bundesarbeitsgemeinschaft Migration & Flucht von Bündnis 90/Die Grünen*